



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Bettina Brücher  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563-6204  
Fax (0202) 59 64 88  
E-Mail bettina.bruecher@gruene-  
fraktion.wuppertal.de  
Datum 15.06.2004  
**Drucks. Nr.** **VO/3161/04**  
öffentlich

*Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Hans Kremendahl*

*Herrn Stv. Arnold Norkowsky  
Vorsitzender des Ausschusses  
Soziales und Gesundheit*

**Antrag**

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>23.06.2004</b>	<b>Ausschuss Soziales und Gesundheit</b>
<b>14.07.2004</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>19.07.2004</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

### **Ergänzungsantrag zu TOP 1, Umsetzung Hartz IV, VO/3069/04**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Mitglieder der Ausschusses Soziales und Gesundheit, des Hauptausschusses und des Rates mögen beschließen:

- 1) In die gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit zu bildenden Projektteams zur vorbereitenden Klärung von Detailfragen zur Umsetzung von Hartz IV werden VertreterInnen der freien Wohlfahrtspflege sowie der Selbsthilfeorganisationen aus dem Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Frauenbereich mit beratender Stimme eingebunden. Entsprechendes Einvernehmen mit der Agentur für Arbeit ist herzustellen.
- 2) Die Verwaltung wird gebeten, Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt, Bezirksvertretungen und vorhandene Stadtteilkonferenzen frühzeitig über die durch die Umsetzung von Hartz IV bedingten Veränderungsnotwendigkeiten insbesondere im Bereich der Bezirkssozialdienste und Fachstellen zu unterrichten.
- 3) Die Verwaltung wird gebeten, noch im Jahr 2004 eine öffentliche Informationsveranstaltung unter Beteiligung der Agentur für Arbeit, der freien Wohlfahrtspflege ( insbesondere der Träger von Arbeits-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ) sowie der Selbsthilfeorganisationen aus dem Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Frauenbereich durchzuführen, die den erreichten Stand der Vorbereitung der Umsetzung von Hartz IV zum Gegenstand hat.

### **Begründung:**

Die Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ( Hartz IV ) wird erhebliche Einschnitte und Veränderungen für derzeit noch Sozial- und Arbeitslosenhilfe Beziehende zur Folge haben.

Neben den auf dem ab 01.01.05 geltenden neuen Leistungsrecht beruhenden gravierenden Einschränkungen für die betroffenen Personenkreise sind erhebliche Auswirkungen auf die derzeitige Struktur der Hilfesysteme für arbeitslose und Sozialhilfe beziehende Menschen zu erwarten.

Neben der von Stadtverwaltung und örtlicher Agentur für Arbeit vorzubereitenden und umzusetzenden Bildung der Arbeitsgemeinschaft gem. § 44 SGB II ist daher eine möglichst umfassende Einbeziehung von Betroffenenorganisationen und an der Durchführung der Hilfen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen beteiligten freien Trägern bereits im Vorfeld des Inkrafttretens der gesetzlichen Neuregelungen anzustreben.

- In Projektteams, deren Aufgabenstellung die Notwendigkeit der Umstrukturierung vorhandener Hilfesystemsstrukturen im Bereich der psychosozialen Versorgung wie auch die Bereitstellung von Arbeits-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten berührt, sollten VertreterInnen der freien Träger wie auch der in Wuppertal ansässigen Selbsthilfeorganisationen beteiligt werden. Angesichts der zwangsläufig gegebenen Akzeptanz- und Umsetzungsprobleme im komplexen Themenfeld "Hartz IV" und des unmittelbar drohenden Wegbrechens wichtiger Teile der sozialen Infrastruktur unserer Stadt ist eine Bündelung aller fachlichen Kompetenzen und die Herstellung eines Höchstmaßes an Transparenz unabdingbar.
- Konfliktminimierung bei der Umsetzung von Hartz IV und der Umstellung auf das künftige Leistungsrecht erfordert frühzeitige und kontinuierliche Einbindung nicht nur der zuständigen Fachausschüsse des Rates, sondern darüber hinaus der in den Stadtbezirken tätigen Gremien. Insbesondere die absehbar erheblichen Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelungen auf Arbeitsweise und Zuständigkeiten der bisherigen Bezirkssozialdienste sowie einzelner Fachstellen lassen eine derartig umfassende und fortlaufende Einbeziehung insbesondere der Bezirksvertretungen und Stadtteilkonferenzen sinnvoll und notwendig erscheinen.
- Ebenfalls der Herstellung eines Höchstmaßes an Akzeptanz und Transparenz dient die Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung unter Einbeziehung aller Beteiligten im Herbst dieses Jahres. Pressemitteilungen der beteiligten Behörden sowie die ohnehin stattfindende regelmäßige Information und Einbindung der fachlich zuständigen Gremien des Rates der Stadt werden allein nicht eine ausreichende Information der breiteren Öffentlichkeit zur Folge haben können.

Mit freundlichem Gruß

gez. Michael Hohagen  
Mitglied im Ausschuss Soziales und Gesundheit